

Volks-Zeitung

Grinste Lage im Osten.

Die drohende Bolschewisten-Offensive.

Eine Mitteilung der Obersten Heeresleitung.

Amlich, Berlin, 6. Februar.

Seit dem 3. Februar liegt der Osten in der Hand der Obersten Heeresleitung. Die Lage ist vor allem im Baltikum immer noch sehr ernst. Zwar ist es gelungen, den Ansturm der Sowjettruppen am Windau-Broschowitz zunächst zum Stillstand zu bringen. Es liegen jedoch Anzeichen dafür vor, daß der Gegner nur vorübergehende Heranzüge, um dann seinen Vormarsch mit erneuter Kraft fortzusetzen. Der Besitz von Libau scheint das nächste Ziel der Sowjettruppen zu sein. Auch südlich des Baltikums ist es uns gelungen, unsere Einheiten zu behaupten und damit die Grenzen von Ostpreußen zu schützen.

Telze besetzt.

Königsberg i. Pr., 6. Februar.

Die aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, ist Telze, etwa 60 Kilometer von der ostpreussischen Grenze, am 3. Februar von Karlen regulären und baltischen Bolschewisten besetzt worden, von denen Teile nach Süden und Westen marschieren.

Also kaum zwei Tagemärsche brauchen die Bolschewisten, um in Ostpreußen einzumarschieren. Werden jetzt auch diejenigen die Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit solange im Windlicht schlief, endlich die Gefahr erkennen? Verhängnisvoll wäre es, sich jetzt noch auf fremde Hilfe zu verlassen, auf die Entente, auf irgendwelche glückliche Zufälle, auf die allezeit nur Schwächlinge und Feiglinge sich berufen, oder gar auf die „edlen Absichten“ der Bolschewisten selbst, die offen erklärt haben, daß sie dem Schreckensregiment der Spartakisten bei uns zum Siege verhelfen wollen. Was uns allein retten kann, ist das Zusammenrücken der eigenen Kräfte, aller Kräfte, ist ein freimütiges Bekenntnis zur gemeinsamen Gefahr, ist der Entschluß aller Wehrfähigen, besonders derer, die bisher die Schrecken des Krieges fern von der Front nur ahnten, zur Waffe zu greifen und noch einmal den Boden des Vaterlandes zu schützen. Und die Voraussetzung solcher Kräfteanstrengung? Friede im Innern. Nur die Einmütigkeit aller, die in Wirklichkeit keine Parteien, nur Deutsche sind, wird uns vor dem Schlimmsten bewahren.

Die Kämpfe an der schlesischen Grenze.

Rawitzsch, 5. Februar.

Der Gegner verhielt sich über Nacht insonderlich ruhig. Feindliches Artilleriefeuer aus Richtung Górzchen lag zu unregelmäßigen Zeiten auf der Straße Sarnowo-Górzchen und Sarnowo-Laschyn. Eigene Artillerie streute den Wald südlich Sarnowo und das Gelände an der Bahn Sarnowo-Górzchen ab. Der Feind ließ bei den gestrigen Kämpfen neben erheblichen blutigen Verlusten 3 Maschinengewehre und 40 Gefangene in unseren Händen.

Der Thorner Belagerungszustand aufgehoben.

Thorn, 5. Februar.

Der Belagerungszustand ist heute aufgehoben worden. Die in der Landesverratsaffäre verhafteten polnischen Bürger sind bis auf den Unterzahlmeister Rychlicki aus der Haft entlassen worden.

29 434 deutsche, 17 835 Polen in Thorn.

Thorn, 6. Februar.

Nach den Friedensverhandlungen des Nationalitätenverhältnisses von Thorn festzustellen, fand hier am 12. Januar eine besondere Volkszählung statt. Wie der Magistrat in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung bekanntgab, ist dabei eine Einwohnerzahl von 47 443 festgestellt worden, und zwar 29 434 Deutsche, 17 835 Polen und 174 Ausländer.

Nationaler Wahlsieg in Polen.

Das überraschende Ergebnis der polnischen Landtagswahlen.

Warschau, 6. Februar. (Z. U.)

Das Resultat der Wahlen zum polnischen Landtag ist allgemein ganz anders ausgefallen, als man es erwartete. Man rechnete allgemein mit einer sozialdemokratischen Mehrheit, und nun stellt es sich heraus, daß die Sozialdemokraten nur sehr wenig Anhänger um sich verzeichnen konnten. Die Wahlen ergaben einen überwältigenden Sieg des nationalen Blocks selbst in Warschau und Lodz blieben die Stimmen der Sozialdemokraten weit hinter denen der nationalen Parteien zurück. Wenn auch das Resultat einiger Bezirke noch aussteht, so kann der Sieg der nationalen Parteien als vollständig sicher gelten.

Der Kongress der Corps-Soldatenräte. Heute vormittag feierte der Kongress der Corps-Soldatenräte Deutschlands seine Beratungen fort. Den Bericht über die Sitzung werden wir in der Morgenausgabe veröffentlichen.

Einigung der Internationale in Bern.

Annahme der Brantingschen Versöhnungsresolution. — Eröffnung des Gewerkschaftskongresses.

Bern, 5. Februar.

Die Nachmittags-Sitzung war wie die Vormittags-Sitzung gleichfalls der Erörterung der Frage des Brantingschen Entwurfs gewidmet. Branting verliest eine Erklärung der deutschen Mehrheitssozialisten, in der es heißt: Die deutsche Sozialdemokratie hat, wie immer man ihre Politik während des Krieges beurteilen mag, jetzt durch die Tat den entschlossenen Willen bekundet, ihre ganze Kraft dem Ausbau der durch den Krieg zerrütteten Welt zu widmen und im Geist und im Dienste der Internationale gemeinsam mit den Sozialisten aller Länder im Völkerverband den Sozialismus zu erkämpfen. Branting schlägt der Versammlung eine

Resolution

zur Annahme vor, in der es heißt:

„Die Konferenz in Bern erkennt an, daß für sie die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit am Krieges geblieben ist sowohl durch die Aussprache, als auch durch die Erklärung der deutschen Mehrheit, die den revolutionären Geist des revolutionären Deutschlands und dessen völlige Loslösung von dem für den Krieg verantwortlichen alten System bekennt hat. Zudem hat die Konferenz die deutsche Revolution und die demokratischen und sozialistischen Einrichtungen, die sie herbeigeführt hat, begrüßt, sieht sie die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationale. Die weitere Erklärung, die die deutschen Delegierten in der Debatte über den Völkerverband abgegeben haben, aberzweigt die Konferenz, daß von nun an die vereinigten Arbeitermassen der ganzen Welt die stärksten Mittel zur Niederhaltung jeden Militarismus und aller Versuche, die internationale Demokratie zu vernichten, verbürgen und gewähren werden. Die Konferenz sieht in den in ihr geführten Debatten eine fruchtbare Vorarbeit und überläßt es einem künftigen internationalen Kongress, dessen Einberufung unter normalen Bedingungen erfolgen kann, über die

weltgeschichtliche Frage der Verantwortlichkeit das Urteil der Internationale zu fällen.“

Diese Resolution, deren Verlesung mit wiederholtem lebhaften Beifall begleitet wird, wird gegen wenige Stimmen von der Konferenz angenommen, nachdem der französische Delegierte Thomas zu den deutschen Sozialisten gesagt hatte: „Ich will euch ganz offen sagen, daß mein Vertrauen zu euch noch nicht völlig wiederhergestellt ist, und es fällt mir deshalb schwer, für die Resolution zu stimmen. Ich tue es aber im Vertrauen auf die Massen, die hinter euch stehen!“ Damit schließt die heutige Nachmittags-Sitzung.

Bern, 6. Februar.

Nach einer Meldung der schweizerischen Depeschagentur wurde die internationale Konferenz der Gewerkschaften gestern Abend in Anwesenheit von etwa 40 Delegierten durch den Präsidenten des Schweizer Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Schneeburger, eröffnet. Dieser wies darauf hin, daß es die Aufgabe der Konferenz sei, die durch die Entwicklung der Verhältnisse überholten Programme der Kampfkongresse von Bern und Leids durch ein neues weitgehendes Programm zu ersetzen. Das Ergebnis der Konferenz solle der Friedenskonferenz angekündigt und als Mindestbestimmung in den internationalen Friedensvertrag aufgenommen werden. Eine Reihe von Fragen könne erst auf einer späteren Konferenz erledigt werden. Da die jetzige nicht ordnungsgemäß einberufen worden sei, er sagte weiter: In dieser fehlen die offiziellen Gewerkschaftsvertreter Amerikas, Englands und Belgiens. Die deutschen Delegierten sind ohne Mandat ihrer Gewerkschaften. Als Vertreter des internationalen Sekretariats wird Dudgeon heute in Bern eintreffen.

Der Vorsitzende der Unabhängigen, Hugo Gasse, ist aus Bern abgereist, um an der Nationalversammlung in Weimar teilzunehmen. Der Franzose Thomas, der durch seine unverföhnliche Haltung in Bern auffiel, ist wieder nach Paris zurückgekehrt. Ob er damit auch endgültig dem Gedanken der Internationale den Rücken gekehrt hat, ist noch nicht recht ersichtlich.

Bremen — Hamburg.

Bremen ist vollständig in den Händen der Division Gerstenberg; auch die Weserwerft ist von ihr besetzt. Die Entwaflnung der Stadt hat begonnen; Gerstenberg erhält neue Verstärkungen und großen Zufluß von Freiwilligen.

Inzwischen hat sich die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung in Weimar mit den Bremer Vorkämpfern beschäftigt. Vorsteher hat einen ausführlichen Bericht gegeben, aus dem hervorgeht, daß die Spartakisten in Bremen in geradezu ungeheurer Weise gehandelt haben, daß alle Versuche der Regierung, sich mit ihnen zu verständigen, gescheitert sind und daß alle Schritte der Division Gerstenberg, in deren Lager sich ein Mehrheitssozialist in maßgebender Position befand, von der Regierung geprüft und gebilligt wurden. Die Fraktion hat daraufhin einstimmig das Verhalten der Reichsregierung gebilligt.

Währenddessen gehen wenig erhebliche Dinge in Hamburg vor. Bewaffnung der Arbeiter, Generalstreik der Beamten. Wie auf diese Weise eine geordnete Lebensmittelversorgung Deutschlands zustande kommen soll, ist unersichtlich; es erscheint ausgeschlossen, daß die Entente Lebensmittel liefern wird, wenn ihre Verteilung über das Reich so wenig gewährleistet ist. Beträubend ist, daß sich in Hamburg auch die Mehrheitssozialisten der Hege gegen die Regierung angeschlossen haben. Der entschlossene Widerstand der Hamburger Beamenschaft gegen die spartacistischen Umtriebe hat aber nun doch ihre Wirkung gehabt, wenigstens meidet W. Z. V.

Hamburg, 5. Februar.

Wie der Zentralbeamtenrat mitteilt, ist die Arbeitsniederlegung der Beamenschaft nach zufriedensstellenden Zusicherungen seitens des A. und S. Rates beendet.

Wesel in den Händen der Spartakisten.

Wesel, 6. Februar. (Z. U.)

Die Stadtverwaltung befindet sich vollständig in Händen der Spartacus-Leute, welche das Rathaus von einer größeren bewaffneten Truppenmacht besetzt halten lassen. Der Proteststreik der Beamten und städtischen Arbeiter gegen den Terror der Spartakisten hält an. Die Stadt ist seit gestern ohne Wasser und auch zum größten Teil ohne Licht. Da auch der Polizeidienst ruht, so durchziehen starke Militärtruppen die Straßen. Zurzeit herrscht Ruhe.

Ende des Mülheimer Beamtenstreiks.

Mülheim a. d. Ruhr, 5. Februar.

Eine Konferenz der Mülheimer Beamenschaft und der ihr angeschlossensten Arbeiterorganisationen der Post, Eisenbahn und der Stadt mit Mitgliedern des A. und S. Rates, die in Gegenwart des Regierungsrats Gaart von der Eisenbahndirektion Eichen heute gegen 6 bis 9 Uhr im Rathaus stattfand, führte zu

einer vollkommenen Einigung, so daß morgen 5 Uhr von den streikenden Beamten, städtischen und städtischen Arbeitern die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die städtischen Beamten bleiben im Amt, auch soll die Stadtverordnetenversammlung nicht angetastet werden.

Ein letzter Einigungsversuch.

Ein Angebot der Mehrheitssozialdemokraten an die Unabhängigen.

In der gestrigen Fraktions-Sitzung der Mehrheitssozialdemokraten in Weimar wurde das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen eingehend besprochen. Ein großer Teil der Anwesenden stellte sich auf den Standpunkt, daß jeder Gedanke an eine Gemeinschaftsarbeit ausgeschlossen sei. Trotzdem beschloß die Fraktion noch einen letzten Versuch zu machen, um mit den Unabhängigen wieder gemeinsam zu arbeiten und sie auf den Boden des Bremer Programms zurückzuführen. Der Fraktionsvorstand wurde beauftragt, bei der Fraktion der Unabhängigen anzufordern, ob sie bereit wären, in die Regierung einzutreten, selbstverständlich auf der Grundlage des Bekennnisses zur parlamentarischen Demokratie. Eine Antwort hierauf ist noch nicht erfolgt. Die Möglichkeit einer Wiedervereinigung der Parteien liegt jedoch vor. Kritisiert „Nichtlinien“, die im ganzen betrachtet, ein Bekenntnis zur Demokratie darstellen und die vom „Vorwärts“ jetzt ebenfalls veröffentlicht worden, sind, würden, beispielsweise, selbst nach dem Urteil der Mehrheitssozialisten, eine verheißungsvolle Grundlage für Verhandlungen abgeben, wenn es den Unabhängigen mit ihrem Wunsch ernst sein sollte, eine einheitliche Front zu schaffen. Aber wir befürchten, daß die spartacistischen Tendenzen in der U. S. P. wie sie sich etwa in der „Freiheit“ äußern, den Plan zunächst machen werden.

Der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat.

Als Präsident der Nationalversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion in ihrer gestrigen Sitzung Karl Hildenbrandt vorgeschlagen. Hildenbrandt ist am 30. Januar 1864 in Knittlingen (Oberamt Maulbronn) geboren, wurde Schriftleiter und beteiligte sich lebhaft an der sozialdemokratischen Bewegung. Er gehörte von 1892 bis 1903 der württembergischen Landesorganisation als Vorsitzender an. 1903 wurde er Mitglied des Reichstags und ist seit dem 1. September 1913 Leiter der literarischen Abteilung der Volksfürsorge. Hildenbrandt redigiert schon seit Jahren die „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart. Nach Ausbruch der Revolution wurde er zum württembergischen Gesandten in Berlin ernannt. Hildenbrandt steht auf dem rechten Flügel der sozialdemokratischen Mehrheit.

Weimar, 5. Februar.

Mit dem heutigen Treffpunkt trafen Kriegsminister Reinehardt, der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. v. Kaufe, Landesstaatssekretär Lewald, sowie der frühere Kriegsminister Scheuch ein.

